

Soziale Dienste im Umbruch?



Bereits 1890 forderte Franz von Liszt »die Reform der Freiheitsstrafe«, eine damals mit etwa 80 % etwa so häufig verhängte Hauptstrafe wie es heute die Geldstrafe ist. Den ersten entscheidenden Wandel brachte die Strafrechtsreform 1968 – 1975, weitere stehen an. Zunächst ging es um den in Schüben immer wieder aktuellen Umbau und Ausbau ambulanter Reaktionen. Was heute die Strafaussetzung zur Bewährung ist, war 1890 die bedingte Verurteilung. Sie wurde zwar nicht so häufig wie heute, aber immerhin schon damals in einzelnen Ländern des Deutschen Reiches praktiziert und lief auf eine gnadenweise Aussetzung der Strafvollstreckung hinaus. Dem Verurteilten wurde zwar eine Bewährungsfrist eingeräumt, aber dieses Entgegenkommen war damals noch nicht flankiert von helfenden und unterstützenden Angeboten einer sich professionalisierenden Sozialarbeit. Derartiges gibt es in Form der Bewährungshilfe erst seit 50 Jahren. Aber nach einem halben Jahrhundert ist es an der Zeit, erstens Strukturen und Arbeitsweisen innerhalb der einzelnen Dienste zu

überdenken (hierzu Gabriele Kawamura-Reindl, Peggy Schäpler und Stefan Thier) und zweitens die Organisationsstrukturen zu verändern, etwa Bewährungshilfe und Gerichtshilfe nicht weiter als segmentierte Organisationen aufrecht erhalten, sondern so etwas wie einen einheitlichen sozialen Dienst flächendeckend zu koordinieren (hierzu schreibt Hartmut Wegener: Modell

Sachsen-Anhalt. Stefan Thier äußert sich zur problematischen Situation der Gerichtshilfe und Andreas Zembaty erörtert Modelle der Privatisierung der sozialen Dienste). Was freilich bei einer solchen Organisationsreform aus der Führungsaufsicht werden wird, ist derzeit noch offen, da sich diese bislang als stumpfes Schwert erwiesen hat (Bernd Maelicke).